

# SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/24

5. Februar 1976

Wir müssen offene Demokratie praktizieren!

---

Vertrauen der Bürger ist nur durch Vertrauen zu gewinnen

Von Klaus Schütz  
Regierender Bürgermeister von Berlin und Mitglied  
des SPD-Vorstandes

Seite 1 und 2 / 79 Zeilen

CDU/CSU in Opposition zur Vernunft

---

Klarstellungen zum Streit um das neue Eherecht

Von Dr. Hans de With MdB  
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister  
der Justiz

Seite 3 und 4 / 80 Zeilen

Die Fachleute wissen: Der Aufschwung reift

---

Bemerkungen zu den Arbeitsmarktdaten des Januar 1976

Von Egon Lutz MdB  
Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und  
Sozialordnung

Seite 5 und 6 / 53 Zeilen

Weitere Abwertung der gemeinsamen Agrarpolitik?

---

Nationalstaatliche Interessen gewinnen die Oberhand

Von Dr. R. Martin Schmidt (Gellersen) MdB  
Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Ernährung,  
Landwirtschaft und Forsten und Mitglied des SPD-  
Fraktionsvorstandes

Seite 7 und 8 / 58 Zeilen

Wann kommt die CDU endlich zur Sache?

---

Drei Fragen an die Partei des Dr. Kohl

Von Friedrich Merz  
Chefredakteur der Mitgliederzeitschrift der SPD  
"sozialdemokrat magazin"

Seite 9 und 10 / 79 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eder

5900 Bonn 12, Neussallee 2-16  
Postfach: 120 488  
Presseheim 1, Zimmer 217-221  
Telefon: 39 50 37 - 88  
Telefax: 39 50 500 - 48 ppn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5900 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 376611

Wir müssen offene Demokratie praktizieren!

Vertrauen der Bürger ist nur durch Vertrauen zu gewinnen

Von Klaus Schütz

Regierender Bürgermeister von Berlin und Mitglied des SPD-Vorstandes

Das Ergebnis der Landesnachwahlen in Berlin-Zehlendorf hat noch einmal nachdrücklich in Erinnerung gerufen, daß die Sozialdemokraten die Wählerentscheidungen, die bei den Landtagswahlen in dieser Legislaturperiode besonders in den großen Städten gefallen sind, nicht einfach beiseiteschieben können wie einen Betriebsunfall. Wir haben nicht Abschied zu nehmen von ein paar Prozent Stimmenanteil, wir haben Abschied zu nehmen von einem eingefahrenen Denkschema in bezug auf die Wählerschaft.

Gewiß kann das Ergebnis zweier Villen-Wahlkreise nicht als repräsentativ für Berlin, geschweige denn für die Bundesrepublik Deutschland angesehen werden, wie es die CDU zu verkaufen suchte. Aber jede Kommune kennt ihre eigenen Quellen des Bürgerunmuts, und es darf vermutet werden, daß die Sozialdemokraten noch wesentlich mehr Überzeugungskraft ausstrahlen müssen, um diesem Antiparteieffekt, von dem die Sozialdemokraten am stärksten betroffen sind, zu begegnen.

Wo der Bürger nichts von uns wissen will, beweist uns das, daß wir noch zu wenig von ihm wissen. Mit parteiinternen Debatten allein wird dieses Problem also kaum zu lösen sein. Die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei müssen zuerst und vor allem Mitbürger sein, sie müssen mit den Kollegen und Nachbarn reden, denken und handeln. Einfach abzuwarten, bis sich das Wir-Gefühl zwischen uns und den Wählern wieder einstellt, wäre zu wenig. Wir sind es, die den Bürgern den Weg weisen müssen zur Wahrung seiner Interessen!

Mißtrauen gegenüber den Entscheidungsmechanismen des Staates, mangelnde Transparenz der Verwaltung und der immer noch nicht weitgehend genug ernst genommene Dialog zwischen Bürger und Behörde sind einige Gründe für den Wählerverdruss und die Wahlunlust, die in den großen Städten deutlich geworden sind. Das zehrt an der Glaubwürdigkeit der Regierenden. Der Staat, das Gemeinwesen - sie gehören nicht den Behörden, sondern den Bürgern. Die Verwaltung ist Partner, nicht Patriarch. Die Bürokratie erliegt immer noch zu oft der Versuchung, zu beweisen, wer ihrer Meinung nach der "Herr im Hause" ist. Aber: Der öffentliche Dienst hat dem Bürger zu dienen, nicht umgekehrt.

Die Sozialdemokraten sind sich bewußt, daß verantwortungsvolle Regierungserbeit ohne Konflikte nicht möglich ist. Bei vielen notwendigen Entscheidungen müssen Interessen einzelner Gruppen und der Allgemeinheit gegeneinander abgewogen werden. Für notwendige Maßnahmen und Veränderungen im kommunalen Bereich muß rechtzeitig Interesse geweckt werden, für die Zustimmung oder wenigstens das Verständnis einer Mehrheit der Betroffenen muß geworben werden - auch wenn unliebsame Maßnahmen immer auf den Widerstand einer direkt betroffenen Minderheit stoßen werden. Die Erkenntnisse und Forderungen, die der Senat von Berlin im Beschluß über die Beteiligung von Betroffenen an Planungsentscheidungen als Bericht im Oktober 1973

vorgelegt hat, haben noch längst nicht genügend Eingang in den Verwaltungs- und Regierungsapparat gefunden.

Da ist u.a. zu fragen:

Werden unsere Städte zunehmend unwohnlicher, weil zuviel dem Selbstlauf der Verwalter überlassen bleibt?

Entgleitet eine unübersichtliche Technokratie unserer Kontrolle?

Sind die Bürger gegenüber ihren Behörden in eine Art geistigen Belagerungszustand getreten?

Wenn ja - wo bleibt der überzeugende Ausbruchversuch aus den Gettos der "grünen Tische"? Warum tragen wir nicht eine Gegenoffensive aus den Amtsstuben vor - auf das "go-in" der Bürgerinitiativen das "go-out" der Rathäuser - das große Gegenangebot der Behörden zum Jahr der offenen Tür, der "gläsernen Kanzleien", der kurzen Informationskontakte?

Ich finde noch immer zuviel bleiernes Beharrungsvermögen, wenn es darum geht, die Schreibtischschubladen zu öffnen und die Papiere schon im früheren Planungsstadium auf dem Tisch eines breiten Publikums auszubreiten. Das Auspacken allein genügt freilich auch nicht. Wir müssen erst Wißbegierde wecken, müssen unsere Ware öffentlich anpreisen und zur kritischen Prüfung feilhalten. Eine wirksame, schlagkräftige Informationspolitik, die das bestehende Kommunikations-Defizit gegenüber dem Bürger abbaut, erweist sich immer mehr als ein zentrales Problem unserer Demokratie. Wichtige Voraussetzung einer solchen Informationspolitik ist ein langer Vorlauf für die Entscheidungsfindung, der ein frühzeitiges Einschalten aller betroffenen Gruppen beziehungsweise aller interessierten Bürger möglich macht. Es darf nicht allein dem technischen Sachverständigen des Verwaltungsapparates vorbehalten bleiben, wichtige Vorentscheidungen zu treffen, ohne den Wählerwillen zu kennen. Das wird zwar manches kommunale Projekt verzögern und manches sogar völlig überflüssig machen. Das muß kein Verlust sein - wäre aber bestimmt ein Gewinn an Demokratie.

Die Wahlergebnisse in den Großkommunen - auch das Wahlergebnis in Berlin-Zehlendorf - werden entscheidend davon abhängen, wie weit es uns gelingt, offene Demokratie zu praktizieren, das heißt, den Bürger bei unserer Arbeit zuschauen zu lassen. Wenn wir ihm nicht trauen - warum sollte er uns denn vertrauen? Setzen wir doch einmal auf das Prinzip der "kreativen Kommunikation", auf die Teamarbeit mit dem mündigen Träger des Staates!

(-/5.2.1976/bgy/e/pr)

+ + +

CDU/CSU in Opposition zur Vernunft

---

Klarstellungen zum Streit um das neue Eherecht

Von Dr. Hans de With MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Justiz

Am 30. Januar 1976 hatte die Unions-Mehrheit im Bundesrat in einer Sondersitzung beschlossen, wegen des neuen Eherechts und des dazugehörigen Gesetzes über die Änderung beamtenrechtlicher Vorschriften (Versorgungsausgleich bei Beamten) den Vermittlungsausschuß anzurufen. Den Eingeweihten überrascht dieser Beschluß nicht. Er war nach dem Ergebnis der Äußerungen der Opposition im Bundestag zu erwarten. Außerdem entsprach er der Praxis der Union, nämlich die Minderheitsauffassung der Volkvertretung als Mehrheitsmeinung der Ländervertretung wiederkehren zu lassen. So hatte die Unions-Mehrheit im Bundesrat bereits 1975 zum ehelichen Namenrecht ein Nein gesagt, so daß sich nunmehr alle drei des Eherecht betreffenden Gesetze im Vermittlungsausschuß befinden.

Die Union hat nun zwar, sei es als Minderheit im Bundestag oder als Mehrheit im Bundesrat, in Übereinstimmung mit der Koalition erklärt, daß sich das das Eherecht bisher beherrschende Verschuldensprinzip in der Praxis nicht bewährt habe, und daß es durch das Zerrüttungsprinzip ersetzt werden solle. Eine Binsenwahrheit ist es auch, daß sich das Leben nicht in Prinzipien einschnüren läßt, wenn man ihm nicht Gewalt antun will. Vom "reinen" Zerrüttungsprinzip bei den Scheidungsvoraussetzungen und im Unterhaltsrecht haben deshalb auch SPD und FDP Ausnahmen vorgesehen und Elemente des geltenden Rechts in Form - sehr vereinfacht ausgedrückt - erweiterter Härtekláuseln vorgesehen, die sozialgerechte Lösungen im Einzelfall gewährleisten und dem möglichen Mißbrauch des Zerrüttungsprinzips vorbeugen sollen.

Die Vorschläge der Unions-Mehrheit im Bundesrat zielen nun aber keineswegs dahin, die erwähnten Härtebestimmungen hier und dort etwas auszuweiten. Sie zielen vielmehr dahin, das Schuldprinzip durch die Hintertür wieder einzuführen, künstliche Ehen künstlich aufrecht erhalten zu müssen und das Unterhaltsrecht sowie den Versorgungsausgleich der geltenden Handhabung anzupassen. Ein Blick auf die wesentlichen Änderungsvorschläge der Unions-Mehrheit im Bundesrat belegt das:

1. Den Grundtatbestand, wonach eine Ehe geschieden werden kann, wenn sie gescheitert ist, will die CDU/CSU dahin eingeschränkt wissen, daß sich vor Ablauf von drei Jahren der Trennung derjenige, der geschieden werden will, zur Stützung seines Antrags nur auf Gründe berufen kann, die in der Person oder dem Lebensbereich des anderen liegen. Das heißt mit anderen Worten, daß immer dann, wenn die Eheleute noch nicht drei Jahre getrennt gelebt haben - und das ist bei streitigen Scheidungen die Regel -, eine Scheidung nur nach Verschuldungsgrundsätzen möglich sein soll.

2. Die gesetzlichen Vermutungen, daß die Ehe nach einem bzw. drei Jahren der Trennung gescheitert ist, je nachdem, ob nur einer der Eheleute oder beide Scheidungsantrag stellen, wollen die unionsgeführten Länder als widerlegbar ausgestaltet wissen. Das bedeutet, daß das Gericht in jedem Fall von Amts wegen untersuchen mußte, ob Tatsachen vorliegen, die für

die Aufrechterhaltung der Ehe sprechen, und zwar auch dann, wenn die Eheleute ihre Lage übereinstimmend als ausweglos ansehen.

3. Die Scheidung einer gescheiterten Ehe soll dann verweigert werden können, wenn die rechtliche Lösung des Ehebandes eine wirtschaftliche Härte für den Antragsteller mit sich brächte, oder wenn die Aufrechterhaltung der formalen Rechtsbindung im Interesse der gemeinsamen minderjährigen Kinder liegt. Danach muß eine Ehe aufrechterhalten werden, auch wenn sie zerstört ist.

4. Schließlich will die Union über den Bundesrat für das erste Jahr der Ehe ein absolutes Scheidungsverbot einführen. Dies wäre ein Rückschritt sogar gegenüber dem geltenden Recht.

5. In das Unterhaltsrecht soll eine Billigkeitsklausel aufgenommen werden, wonach der bedürftige Ehegatte vom anderen grundsätzlich immer, d.h. ohne zeitliche Begrenzung Unterhalt verlangen kann, daß die Verantwortung der geschiedenen Ehegatten füreinander im wirtschaftlichen Bereich also prinzipiell bis ans Lebensende fort dauert.

6. Den neuen Versorgungsausgleich begrüßt die CDU/CSU-Mehrheit im Bundesrat zwar als einen wichtigen ersten Schritt zu einer eigenständigen Alterssicherung der nicht erwerbstätigen Ehefrau. Jedoch sollte den Ehegatten nach ihrer Meinung für die individuelle Regelung dieses Bereichs ein größerer Entscheidungsspielraum gegeben werden. Insbesondere will sie es dem begünstigten Ehegatten erlauben, auf den Ausgleich zu verzichten. Das bedeutet, daß einem Ehegatten - meist wohl der Frau - diese Altersversorgung "abgehandelt" werden kann. Die Beschlüsse der Koalition im Bundestag sehen dagegen vor, daß der Richter unabdingbar in jedem Scheidungsverfahren die Altersversorgung unter den Eheleuten nach Zugewinnausgleichsprinzipien aufteilen muß, so daß die zu Hause gebliebene Frau auf jeden Fall einen eigenständigen Versorgungsanspruch erhält.

Trotz allem wird im Vermittlungsausschuß sorgfältig zu prüfen sein, ob noch Verhandlungsspielräume für Kompromißlösungen bleiben, ohne daß die Kernbereiche angetastet werden. Denn die Koalition wird keine Neigung haben - auch nicht in Einzelbestimmungen -, den Grundgedanken der Reform antasten oder gar auflösen zu lassen. Die Union wird sich sehr genau überlegen müssen, ob sie es sich sachlich leisten und es politisch vertreten kann, die Reihe des Mein-Sagens fortzusetzen. Die Verabschiedung des 1. Eherechtsreformgesetzes kann sie ohnedies nicht verhindern, da dieses nicht zustimmungsbefähigt ist.

(-/5.2.1976/ve/e/pr)

+ + +

Die Fachleute wissen: Der Aufschwung reift  
-----

Bemerkungen zu den Arbeitsmarktdaten des Januar 1976

Von Egon Lutz MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung

Daß die Arbeitslosenzahlen im Januar steigen würden, wußte jeder. Die Experten erwarteten einen kräftigen Schub aus witterungsbedingten Gründen, und sie hatten vorsorglich darauf aufmerksam gemacht, daß von einer Statistik erstmals auch die Kündigungen zu Jahresende 1975 erfaßt würden. Die Experten behielten recht, trotzdem hält sich ihre Genugtuung in Grenzen. Denn die Zahlen, die der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Josef Stingl, in Nürnberg verkündete, lauten schlicht so: 1.350.990 Arbeitslose, das entspricht einer Quote von 5,9 vH und einem Zuwachs von 127.600 oder 10,4 vH gegenüber dem Vormonat. Die Zahl der Kurzarbeiter sank um 5.200 auf 743.300, aber auch das Angebot an offenen Stellen nahm um 30.445 (oder 13,8 vH) auf 190.618 ab.

Im Wahljahr haben es die Experten schwer, ihren Sachverstand in die öffentliche Debatte einzuführen. Mit Hohliachen dürfte ihre Argumentation quittiert werden, daß sich selbst an den neuen Arbeitslosenzahlen der konjunkturelle Wiederbelebungseffekt ablesen lasse. 1975 stieg nämlich die Arbeitslosigkeit in der Januar-Statistik um 22 vH gegenüber dem Vormonat, 1974 waren es 27,8, das Jahr zuvor 27,6 vH gewesen. Bis zum März werden die Experten Mühe haben, eine weitere Grunderkenntnis in die öffentliche Debatte einzubringen: 15 Jahre Arbeitsmarktbeobachtung lassen den Schluß zu, daß mit den Januar-Zahlen aus saisonalen Gründen die Talechle erreicht ist. Die März-Daten werden besser sein; falls nicht ein Witterungseinbruch die Gesamtstatistik verbösere. Wir haben, wird die Opposition unken, einen neuen Negativ-Rekord erreicht. Und wird verdrängen wollen, daß im Adenauer-Jahr fairerweise darauf hingewiesen werden müßte, daß die damals sehr junge Bundesrepublik sich mit einer Arbeitslosenzahl von 1,9 Millionen im Winter zu behaupten hatte.

Abseits aller propagandistischen Mätzchen ist festzustellen: Die Lage

ist nicht rosig, aber sie gibt auch zu abgrundtiefem Pessimismus keinen Anlaß. Die bundesdeutsche Wirtschaft erholt sich schneller als in den Arbeitsmarktdaten sichtbar wird. Die vorhandenen Kapazitäten werden jetzt erst einmal voll ausgefahren. Einen zuverlässigen Barometer dafür liefert die Kurzarbeiterstatistik: Der Chemie-Bereich meldete im Januar 20.800 weniger Kurzarbeiter, die metallverarbeitende Industrie 23.100 weniger, die Autoindustrie konnte einen Abgang von rund 9.000 verkünden, die Elektroindustrie schlug bei sich 26.700 weniger Kurzarbeiter positiv zu Buche. Selbst im Textilbereich mußten 12.350 Arbeitnehmer nicht mehr kurzarbeiten, nur die Bauindustrie hatte aus saisonbedingten Gründen weit über 12.000 Kurzarbeiter neu anzumelden. Die Bundesanstalt für Arbeit registrierte öffentlich, daß 91 vH aller Kurzarbeiter zu mehr als 50 vH der wöchentlichen Arbeitszeit in Arbeit standen.

Sehr zum Verdruß der Arbeitsmarktexperten wird die Zahl der Neuvermittlungen von Arbeitssuchenden durch die Arbeitsämter unter Wert verkauft. Im Januar waren es 156.345. Das heißt im Klartext: Die Rotation auf dem Arbeitsmarkt hat sich noch einmal beschleunigt. Arbeitslosigkeit endet nicht in Dauerarbeitslosigkeit und damit nicht in Hoffnungslosigkeit. Kein Industriestaat der westlichen Welt könnte ähnliche positive Werte melden. Wie wichtig das für die gesellschaftspolitische Stabilität in der Bundesrepublik ist, kann man nur ahnen.

Wollte man ein Resümee aus den Arbeitsmarktdaten vom Januar 1976 ziehen, könnte es nur so lauten: Der Winter fordert seinen Tribut, im Trend geringer als in den Vorjahren. Der Arbeitsmarkt hat in der Talschle einen verbesserten Pfad erreicht. Im März sollten wir nicht jubeln, sondern genauso nüchtern wie jetzt den Trend des saisonalen Aufschwungs registrieren.

(-/5.2.1976/ve/e/pr)

+ + +

## Weitere Abwertung der gemeinsamen Agrarpolitik ?

---

Nationalstaatliche Interessen gewinnen die Oberhand

Von Dr. R. Martin Schmidt (Gellersen) MdB

Vorsitzender des Bundestageausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes

Die europäischen Regierungen und im besonderen deren Landwirtschaftsminister bereiten sich zur Zeit auf die alljährlichen Agrarpreisverhandlungen vor, diesmal für das Wirtschaftsjahr 1976/77. Dabei geht es vordergründig um die Festsetzung von Marktordnungspreisen, um die Höhe von Marktordnungsbeihilfen sowie um bestimmte Maßnahmen, mit denen seit Jahren bestehende Überschussprobleme gewälzt werden sollen.

Im Kern aber stellt sich für die Regierungen und Landwirtschaftsminister die Frage, ob sie es überhaupt noch ernst meinen mit der agrarpolitischen Integration und mit der Fortführung einer Politik, welche die Bezeichnung "gemeinsam" verdient. Die Ergebnisse der vorjährigen Agrarpreiserunde, die das Ende der gemeinschaftlichen Rindfleischpolitik herbeigeführt hat, der eskalierende italienisch-französische Weinkrieg, aber auch die jetzt zur Beratung anstehenden Vorschläge der EG-Kommission lassen Zweifel aufkommen.

Politisch gesehen sind die bevorstehenden Ministerratsverhandlungen mit drei Hauptgefahren verbunden:

1/ Nachdem die ersten Reaktionen auf die Kommissionsvorschläge bekannt geworden sind, bedarf es keiner allzugroßen prophetischen Gebe, um vorauszusagen, daß die nationalen Egoismen und Sonderwünsche die entscheidende Rolle spielen werden. Jedes Land hat da seine eigenen Wehwehchen. So wird es möglicherweise wichtiger sein, den drohenden Linksrutsch ins kommunistische Lager der italienischen Kleinbauern durch gemeinsame finanzierte Produktionsbeihilfen abzubremsen als auf der Einhaltung der für den gemeinsamen Markt unerlässlichen Spielregeln im zwischenstaatlichen Handel zu bestehen. Die gleiche Priorität könnte der französischen Kuhhaltungsprämie zukommen, mit der die bretonischen Milchviehhalter daran gehindert werden sollen, ihre Präfekturen und Rathäuser zu stürmen. Auf der Strecke bliebe denn die gemeinsame Milchpolitik. Gefährlich sind solche Bestrebungen deshalb, weil sie darauf hinauslaufen, immer mehr national zu verantwortende politische Fehlleistungen mit kommunitären, agrarpolitischen Mitteln auszubügeln. Die EG-Agrarpolitik würde damit zum Büttel innerpolitischer Nationalinteressen. Eine weitere unvermeidbare Konsequenz wäre die Fortdauer von

Wettbewerbsverzerrungen, in diesem Falle mit dem ausdrücklichen Segen des EG-Ministerrates.

2/ Auf der anderen Seite zeichnet sich ab, daß die sogenannten Integrationsfortschritte der Agrarpolitik nur von denjenigen Partnerstaaten verlangt werden, die aufgrund ihrer gesellschaftlich und wirtschaftlich stabilen innenpolitischen Verhältnisse dazu in der Lage zu sein scheinen, also in erster Linie von den Beneluxländern und der Bundesrepublik. Indiz dafür ist der vorgeschlagene Abbau des Grenzausgleichs. Ein solcher Schritt würde politisch denn unhaltbar, wenn sich die EG-Agrarpolitik im Übrigen in der Erfüllung nationaler Sonderwünsche erschöpfte. Die Bundesregierung wird darauf zu achten haben.

3/ Schließlich steht zu befürchten, daß die Lösung der alle Mitgliedstaaten betreffenden, also gemeinsamen Schwierigkeiten, wenn überhaupt, mit höchst fragwürdigen Mitteln in Angriff genommen wird. Dies gilt zum Beispiel für die Milchvorschläge der Kommission, die unter dem Stichwort "Beimischungszwang für Magermilchpulver" vorsehen, die Unterbringung eines großen Teils der Magermilchpulverbestände von den Schweine- und Geflügelhaltern finanzieren zu lassen. Die Kommission wird sich die Frage gefallen lassen müssen, ob es vertretbar ist, die Veredlungsproduzenten, die durch die Preispolitik zugunsten der Getreideerzeuger ohnehin schon einem ständigen Kostendruck ausgesetzt sind, nun auch für eine Politik zur Entlastung der Milcherzeuger in Anspruch zu nehmen. Es scheint, daß in der Kommission niemand mehr in der Lage ist, in normalen Kategorien zu denken.

In dieser Lage kann man vom Agrarministerrat Wunderdinge oder Patentlösungen kaum erwarten. Dies schon deshalb nicht, weil ein Teil der bestehenden Schwierigkeiten auf einzelstaatliche Divergenzen im Rahmen der Wirtschafts- und Währungspolitik zurückzuführen ist, die er nicht zu beantworten hat. Man darf von ihm aber erwarten, daß er unter dem Begriff "gemeinsame Agrarpolitik" mehr versteht als nur die Summe aus Wettbewerbsverzerrungen, Vertragverstößen, einseitigen Belastungen und kostspieligen Überschüssen. Kann der Agrarministerrat das nicht, dann sollte er sein Mandat dem Rat der Regierungschefs übertragen.

(-/5.2.1976/ka/ee/pr)

+ + +

Wann kommt die CDU endlich zur Sache?  
-----

Drei Fragen an die Partei des Dr. Kohl

Von Friedhelm Merz

Chefredakteur der Mitgliederzeitschrift der SPD "sozialdemokrat magazin"

Wer glaubt, Ablauf und innere Dramaturgie politischer Auseinandersetzungen zur Genüge zu kennen, blickt - wenn er nicht fanatisiert ist - staunend auf den Streit, der sich an dem Stichwort "Sicherheitsrisiko" zwischen SPD und CDU/CSU entzündet hat. Darum drei Feststellungen und drei Fragen an die Adresse der Union. Vielleicht werden sie diesmal beantwortet.

Erste Feststellung: Dr. Helmut Kohl - von seinem Führungskampf mit Franz Josef Strauß in den eigenen Reihen stark angeschlagen - mußte und muß auf die Sozialdemokraten eindreschen. Um den mächtigsten Mann der Union, den niemand vergißt, vergessen zu machen. Um die eigenen Mannen, die beiläufig nicht in Siegeslaune sind, hinter sich zu scharen. Das weiß jeder, das weiß besonders Helmut Kohl selbst, und jeder versteht ihn. Es hätte auch ein anderer sein können.

Erste Frage: Warum zum Beispiel blieb der Vorwurf bislang unwidersprochen, daß die Union zunehmend von einem "deutsch-nationalen Klüngel" beherrscht werde? Auch er läßt sich exakt belegen. Auch darüber ließe sich trefflich streiten. Oder schreibt etwa "Die Zeit" in ihrer neuen Ausgabe unter dem bezeichnenden Titel "Pralle Gesinnung, magere Vorschläge" zu unrecht über den "Abmarsch der CDU/CSU in die außenpolitische Provinz"? Oder wird "Die Posse mit der Vierten Partei", die die "Süddeutsche Zeitung" kommentiert, etwa nicht auch auf der Bühne der Union aufgeführt? Das Feldgeschrei von Dr. Kohl über die "nazistischen Methoden der SPD" beantwortet keine dieser Fragen.

Zweite Feststellung: Zum Inhalt des Vorwurfs "Sicherheitsrisiko" hat die CDU/CSU bis heute in keinem Punkt sachlich Stellung genommen. Stattdessen stürzte sie sich auf die Titelseite des Januarheftes von "sozialdemokrat magazin", und als das nicht weiterhalf, auf das in der Tat drastische Guillotine-Foto, das den Themenbereich "Strafvollzug, Todesstrafe, Resozialisierung" illustrieren sollte. Die Redaktion hat zur Kenntnis genommen, daß diese Illustration mancherorts erschreckt hat. Das macht die Redaktion betroffen. Aber sie nimmt auch zur Kenntnis, daß die CDU dieses Erschrecken, das nicht in unserer Absicht lag und das wir deshalb ernst nehmen, ausnutzt, um sich weiter der Sachauseinandersetzung zu entziehen. Darum die

zweite Frage: Wann wird die CDU eindeutig von Vorstellungen abrücken, die von prominenten Unions-Politikern vertreten, von anerkannten Rechtswissenschaftlern und Fachleuten des Strafvollzugs aber als "Gefahr eines barbarischen Rückfalls" gekennzeichnet werden? So erklärte der CSU-Abg.

Dr. Richard Jaeger am 5. März 1975 in der "Bild"-Zeitung: "Ich habe immer die Meinung vertreten, daß Todesstrafe für Mord die angemessene Sühne ist. Die frevelhafte Auslöschung menschlichen Lebens erfordert im Regelfall, daß der Mörder ebenfalls mit dem Leben zahlen muß." Im CDU-offiziellen "Deutschland-Union-Dienst" schrieb der hessische CDU-Vorsitzende Dr. Alfred Dregger am 17. März 1975: "Der Deutsche Bundestag muß wirksamere Gesetze beschließen... Die Verbrecher müssen gejagt werden. Der Staat muß das Gesetz des Handelns zurückgewinnen... Das Law-and-Order-Geschwätz muß aufhören." Und auch er forderte notfalls die Todesstrafe. Der CSU-Abg. Carl-Dietrich Spranger schließlich vertritt nach wie vor und ungerührt eine Auffassung, die er in den "CSU-Presse-Mitteilungen" vom 20. Juni 1974 so beschrieb: "Im Entwurf zum Strafvollzugsgesetz... sind Resozialisierung und Liberalisierung Bezugspunkte ideologischen Mißbrauchs. Die Sicherung der Allgemeinheit, Abschreckung und Sühne, Gerechtigkeit also, finden keine Erwähnung als Strafzweck." Die Zitaterei ließe sich fortsetzen. Der Hannoversche Oberlandesgerichtspräsident Dr. Rudolf Wassermann schrieb am 4. Juli 1975 unter dem Titel "Sehnsucht nach dem Polizeistaat" dazu im "Vorwärts": "Die Freiheit stirbt zentimeterweise." Um diese schwerwiegenden Fragen geht es und nicht um eine Illustration. Wann nimmt die CDU das zur Kenntnis und bezieht eindeutig Position?

Dritte Feststellung: Das Ausweichen der CDU geht soweit, daß Dritte gegen ihren Willen vereinnahmt werden, um die schwache Position der Union in der Öffentlichkeit abzustützen. Ein frisches Beispiel. Laut dpa 222 vom 4. Februar 1976 soll der Rat der EKD "sozialdemokrat magazin" kritisiert, je sogar die Absicht angedeutet haben, die SPD aufzufordern, nicht mit einem derartigen Wahlkampfteil in die politische Auseinandersetzung einzugreifen. Mehr ist, und dies wurde auf Anfrage von Oberkirchenrat Roepke aus der EKD-Kirchenkanzlei Hannover bestätigt: Der Rat der EKD hat in seinen kürzlichen Gesprächen mit allen Parteien alle Parteien aufgefordert, "eine Verkäuflichkeit der politischen Alternative" und die "Entwürdigung des politischen Gegners" zu vermeiden. Eine gesonderte Stellungnahme gegen die SPD und "sozialdemokrat magazin" war und ist nicht beabsichtigt. Genau dieses aber suggerierte die dpa-Meldung. Also:

Dritte Frage: Wann hören Helmut Kohl und die CDU auf, wie die Katze um den heißen Brei zu schleichen, und wann beziehen sie, statt wehleidige Reden über Wahlkampfteil und Fairneß zu halten, ohne Wenn und Aber endlich klare Position zu den Sachproblemen der deutschen Politik? Die Verträge mit Polen bieten sich geradezu an. Oder der Strafvollzug. Oder... Oder... (-/5.2.1976/bgy/e/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller